(A) (Minister Heinemann)

hier nicht vorher für einen geringen Teil von Menschen, wesentlich geringer als der Teil, dem wir helfen könnten, ausgeben. Betrachten Sie das auch einmal so! Ich bin sicher, Sie werden, wenn Sie es objektiv sehen, zu einer anderen Auffassung gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum Block 2 liegen nicht vor.

Ich rufe den Block 3

Justiz

auf, eröffne die Beratung hierzu und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klose für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion nur wenige Bemerkungen zum Einzelplan 04 - Justizminister - machen.

(B)

Es liegt fast nahe, direkt an das anzuschließen, was mein Vordrner hier zur Bewältigung des Problems der Asylbewerber ausgeführt hat.

Mir kommt diese ganze Debatte doch sehr vordergründig und sehr kurz gefaßt vor. Das gilt für manchen, der sich hier beteiligt hat.

Sie, Herr Justizminister, haben in Ihrem Entwurf eine Reihe von Stellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgesehen. Das soll der Vollzug dessen sein, was aus dem Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens an Belastungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch in unserem Lande treffen wird. Wir haben gesagt, daß wir dieser Verbesserung unsere Zustimmung geben werden, daß wir sie aber nicht für ausreichend halten.

Nun lassen Sie mich an Ihre Adresse, Herr Minister Heinemann, noch eines sagen! Die hohen Erwartungen, die man an dieses Gesetz zur Beschleunigung des

(C)

Asylverfahrens gestellt hat, werden sich nicht erfüllen, gleichgültig, ob Zirndorf überlastet ist oder nicht. Das war von Anfang an klar, und das ist jetzt in einer Anhörung vor dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, vor dem Rechtsausschuß, von fast allen Fachleuten noch einmal klar und deutlich gesagt worden.

Ich empfinde es schon als merkwürdig, daß es uns nicht gelingt, auf die Ursachen, die uns diese Schwierigkeiten - auch in Zukunft - bereiten, zurückzukommen. Wir werden nicht so kurze Verwaltungsstreitverfahren haben. Wir werden nicht einmal so kurze Verwaltungsverfahren haben, sie werden länger dauern. Die Mittel, die von der Landesregierung im Nachtragshaushalt eingesetzt worden sind und von uns beschlossen werden sollen, werden in keiner Weise ausreichen, um das zu verwirklichen, was der Deutsche Bundestag möglicherweise zusätzlich beschließen wird.

Ich möchte ferper sagen - ich meine, das gehört mit zur Redlichkeit -: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir nicht weiteren Illusionen nachhängen dürfen. Herr Justizminister, wir hätten eigentlich erwartet, daß Ihre Vorlage weiter gegangen wäre.

Auch die Sammelunterkünfte werden das Problem letztlich nicht lösen. Man hat sie aus einer gewissen Notsituation heraus eingerichtet, das Problem bleibt aber bestehen. Wie ich schon im Rechtsausschuß an Ihre Adresse gesagt habe, wird auch die Inanspruchnahme stillgelegter kleiner Anstalten für abgelehnte Asylbewerber, die von der Abschiebehaft betroffen sein werden, keine Lösung sein. Hier werden Unruheherde, soziale Konfliktpunkte geschaffen.

(D)

Auch wird das Personal nicht ausreichen. Für die Menschen in den Sammelunterkünften, die ja nicht alle kriminell geworden sind, sondern die vielfach nur die negative Entscheidung der Rechtsprechung getroffen hat und abgeschoben werden müssen, wird nicht das geeignete Personal vorhanden sein. Man darf deshalb auch hier den Mund nicht so voll nehmen und sagen: Das ist in Bonn nicht vernünftig geregelt worden. Im Vollzug dessen, was der Bundesgesetzgeber beschlossen hat, werden hier genau dieselben Schwierigkeiten eintreten, weswegen sich die Regierungs-

(A) (Dr. Klose [CDU])

fraktion heute kritisch an die Bonner Adresse gerichtet hat. Das werden wir sehen.

Das wollte ich in aller Kürze noch zum Ausdruck bringen.

Uns ist klar, daß das, was Sie beschließen werden, nicht ausreicht. Wir werden bei der Abstimmung über Ihren Haushalt aber nicht ablehnen, sondern uns der Stimme enthalten. Ich sage dazu: Für mich persönlich ist das immer unangenehm, weil man nicht klar Farbe bekennt. Da wir aber der Meinung sind, daß das nur ein Ansatz ist, möchte ich für meine Fraktion dokumentiert haben, daß wir dies von vornherein erkannt haben und uns nicht selbst Sand in die Augen streuen.

Eine letzte Bemerkung zu einem Punkt, der im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen worden ist! Wenn ich das Protokoll richtig verstanden habe, ist - auch auf Anregung unserer Fraktion - im Ausschuß einstimmig beschlossen worden, der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln durch eine Umschichtung im Haushalt die Mittel für das Jahr 1992 zu bewilligen, um diese Stelle, die ja nach wie vor einen sinnvollen Auftrag hat, für dieses Jahr finanziell abzusichern und damit Ausfälle aus Bundesmitteln aufzufangen. Ich finde es gut, daß dadurch eine Arbeit, die auch 47 Jahre nach Kriegsende noch sinnvoll ist, fortgeführt werden kann. Allerdings wird man noch nach Wegen suchen müssen, wie man diese Arbeit auch in Zukunft weiterführen kann. Sie wird notwendig sein.

(B)

Ich erkläre also für unsere Fraktion, daß wir uns bei der Abstimmung zum Einzelplan 04 aus den dargelegten Erwägungen der Stimme enthalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Ich erteile Herrn Abgeordneten Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan der Justiz möchte ich nur zwei Dinge anmerken.

(C)

Erstens, anschließend an das, was Kollege Dr. Klose gesagt hat: Es wird in der Tat schwierig, den Bonner Kompromiß umzusetzen, wenn hier im Lande nur halbherzig vorgegangen wird. Ich darf dazu ein kleines Beispiel nennen, weil Zirndorf genannt wurde.

Es ist durchaus richtig, daß es in Bonn Mängel zu kritisieren gibt. Das hilft uns zwar nicht weiter, mag aber manchem gefallen. Klar war bei dem Kompromiß vom Oktober auch, daß die Länder für diejenigen, die die Sachentscheidungen bei den neuen Verfahren zu treffen haben, Personal werden bereitstellen müssen. Nun kann man zwar kritisieren, daß das neue Verfahren nicht, wie gewünscht, schon im Januar oder spätestens am 1. April angefangen hat, aber ich finde es hervorragend, wenn man jetzt stolz der Öffentlichkeit verkündet, daß man Anzeigen aufgibt, um diese Beamten zu finden, obwohl man seit Oktober weiß, daß man diese Beamten braucht. Herr Innenminister, Sie sind besonders angesprochen. Ich hoffe - und Sie können es ja darlegen -, daß es schon in den letzten Monaten Bemühungen gegeben hat, die uns und der Öffentlichkeit verborgen geblieben sind. Aber das nur nebenbei.

Ich komme auf den Hauptpunkt zu sprechen, den Teil Einzelplan 04 im Nachtragshaushalt.

(D)

Ich freue mich, das endlich hier vortragen zu können, nachdem die bisherigen parlamentarischen Aktivitäten leider nicht so anerkannt worden sind. Der Justizminister hat im Rechtsausschuß dargelegt, daß er mit der Durchführung der Abschiebehafte beauftragt wird; das ist auch nachvollziehbar. Die Abschiebehafte muß ja, um das noch einmal deutlich zu sagen, bei denjenigen sein, die rechtskräftig verpflichtet sind zu gehen, sich aber weigern. Es kommen nicht alle in Abschiebehafte, deren Asylverfahren abgelehnt wurden, sondern nur diejenigen, die sich der Abschiebung entziehen wollen.

Meine Damen und Herren, der Justizminister hat selbst gesagt, er brauche an den drei "wiedereröffneten" kleinen Anstalten 108 Stellen - das ist wahrscheinlich schon ziemlich knapp gerechnet -, um diese Aufgabe durchzuführen. Ich will nicht darüber sprechen, welche Anstalten ausgesucht worden sind, oder darüber, ob das alles sinnvoll ist, was Sie geplant

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

haben; das können wir an anderer Stelle tun. Tatsächlich haben Sie bei den Beratungen im Kabinett nicht mehr erreicht als die Aufhebung einer Wiederbesetzungssperre bei 50 Stellen. Das haben Sie, weil das neun Monate sind, korrekterweise gleich auf 37,5 heruntergerechnet. Das heißt: Es fehlen rund 70 Stellen, die nicht da sind.

Am gleichen Tag - das war das Interessante an dem Vorgang - hat der Regierungssprecher als Information der Landesregierung tatsächlich die Behauptung aufgestellt, für die notwendige personelle Ausstattung sei jetzt auch im Nachtragshaushalt alles Notwendige zur Verfügung gestellt.

Das war ein offenkundiger Widerspruch. Damit sollte verdeckt werden, daß sicherlich, wenn man es so organisiert, nachher die 108 - oder wie viele auch immer - zur Verfügung stehen werden. Nur, die Wahrheit ist, daß davon mindestens 70 - eigentlich alle 108, wenn man es genau nimmt - ja aus anderen Haftanstalten herausgezogen werden; denn man kann sie ja nicht neu einstellen, weil das Geld dafür nicht bewilligt wird.

(B) Das, meine Damen und Herren, ist ein Widerspruch zu dem Versprechen der Landesregierung, daß man alle Vereinbarungen in Bonn auch hier mittragen will, und zwar selbstverständlich mit zusätzlichen Mitteln, so weh uns das tun mag. Aber es geht nicht an, diese neue, in der Tat zusätzliche Aufgabe jetzt mit Kräften zu bewerkstelligen, die im normalen Vollzug tätig sind.

Das geht deswegen nicht, weil wir eigentlich im ganzen Hause gemeinsam der Meinung sind - und da habe ich nie etwas anderes gehört, weder im Rechtsausschuß noch vom Minister selbst -, daß wir zuwenig Kräfte haben. Im Justizvollzugsdienst haben wir zuwenig Kräfte. Es gibt hohe Krankenstände, die nun wirklich nicht darauf zurückzuführen sind, daß die Leute einfach nur keine Lust hätten, sondern weil die Belastung dort zu groß ist, weil natürlich die entsprechende psychische Situation nicht so einfach ist.

Dann, meine Damen und Herren, ist es doch so, daß wir die Mängel, die wir jetzt schon im Vollzug haben, diese ganzen Überstunden, die vor sich hergeschoben werden, auch die Mängel im Sicherheits-

bereich, dadurch verstärken, daß der Justizminister jetzt die Stellen sozusagen einfach umschichtet. Ich denke, man sollte noch einmal klar zum Ausdruck bringen, daß die Landesregierung hier ihrer Verpflichtung nicht nachkommt.

Wir können das an dieser Stelle auch nicht hinnehmen, denn wir werden in nächster Zeit noch öfter über die Problembereiche der inneren Sicherheit zu diskutieren haben, und zu dem gehört eben nicht nur die Polizei, sondern gehören auch der Vollzugsdienst und überhaupt die ganze Justiz. Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde will ich es jetzt dabei bewenden lassen und lehnen wir auch diesen Teil ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kernbereich des Nachtragshaushalts im Justizbereich werden die Stellen für Abschiebehaft von abgelehnten Asylbewerber/innen sein. Wir sind also wieder bei dem Thema, Herr Heinemann, das wir gerade vorhin diskutiert haben.

Ich denke, bevor es zur Abschiebehaft kommt, müssen hier auch einmal ein paar Worte darüber verloren werden, wann oder warum es in der Bundesrepublik zur Abschiebehaft kommt. Das hat Herr Heinemann nämlich vorhin nicht gesagt. Ich nehme ihm ja ab, daß er auch das Bestreben hat, der Fremdenfeindlichkeit in diesem Lande entgegenzuwirken. Das nehme ich ihm ja ab. Aber dann muß er auf der anderen Seite auch sagen, was wirklich de facto bei der Asylrechtsprechung und bei der Anwendung des Asylverfahrens in unserem Lande passiert und warum Menschen jetzt in größere und neue und wiedereröffnete Abschiebegefängnisse kommen sollen.

Wer es nämlich bis zu uns schafft, der muß oft illegale Wege gehen, um Gefängnis, Folter und Tod zu entkommen, weil wir nämlich wissen, daß, wer in Auslandsvertretungen der deutschen Bundesrepublik,

(C)

(D)

(A) (Appel [GRÜNE])

zum Beispiel in Nordafrika, kommt und sagt "Ich möchte ein Visum haben", und auf die Frage "Wofür denn?" antwortet: "Ich will Asyl beantragen, weil ich politisch verfolgt werde", kein Visum bekommt! Genau die Aussage, daß er Asyl beantragt, ist die Garantie dafür, daß er das Grundrecht nicht wahrnehmen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer deswegen illegale Wege gehen muß, der wird hier nicht nur kriminalisiert, sondern wird immer kürzeren Verfahren überlassen. Wie sehen denn diese Verfahren aus? Wenn Folter, Todesstrafe oder Menschenrechtsverletzungen im Herkunftsland drohen oder zum Alltag gehören, dies aber nicht geschieht, weil der Betroffene zu einer besonderen Gruppe gehört oder aufgrund seiner individuellen Tätigkeit im politischen oder religiösen Bereich verfolgt wird, sondern wenn Folter dazu dient, in den Gefängnissen - sage ich einmal zynisch - die allgemeine Disziplin aufrechtzuerhalten, dann ist dies in unserem Land kein Asylgrund, und so ein Mensch erhält kein Grundrecht auf Asyl.

(B)

Wenn nicht der Staat, sondern andere - der "Leuchtende Pfad" in Südamerika oder andere Terrorgruppen - Terror, Mord oder andere Verfolgung praktizieren, dann ist das nach unserer Rechtsprechung kein Asylgrund, die bekommen kein Asyl. Und wer vor Naturkatastrophen, vor ökologischen Zerstörungen flieht, wen Krieg oder Hungersnot vertreiben, wer wegen sexueller Gründe oder aus Glaubensgründen verfolgt wird, der bekommt in unserem Land kein Asyl.

Wenn Sie dieses wissen - und das müssen sowohl der Justizminister als auch der Sozialminister wissen -, dann müssen Sie das den Menschen dazusagen. Dann können Sie nicht immer sagen, hier sind abgelehnte mißbräuchliche Asylbewerber, sondern Sie müssen dazusagen: Wir haben in diesem Lande eine extrem restriktive Rechtsprechung, und darüber hinaus haben die Menschen, die abgelehnt werden, sehr wohl zu fast 90 % in diesem Land ein Bleiberecht, ein Bleiberecht, das sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention und aus Artikel 1 und Artikel 2 unseres Grundgesetzes herleitet. Deswegen können diese Menschen nicht abgeschoben werden.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht dazusagen, betreiben Sie wiederum fahrlässig das Geschäft derer, die in unserem Land in die rechte Richtung betzen, und Sie betreiben eine Instrumentalisierung der Asylbewerber und der Flüchtlinge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie betreiben diese auch, wenn Sie die Vorbereitung von 300 Abschiebehaftplätzen in Nordrhein-Westfalen so darstellen, als ob es eine ganz alltägliche Angelegenheit wäre. Wir haben doch im Rechtsausschuß nachgefragt. Der Herr Justizminister hat es geprüft, und er hat uns geantwortet, wie es denn aussehen wird. Er wird eben nicht ausschließen, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder in diesen Haftanstalten einsitzen werden. Wir werden es erleben, daß in diesem Land ausländische Menschen, Frauen und Kinder in den Abschiebehaftanstalten interniert werden, daß sie dort sitzen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Ich fand es sehr bezeichnend, welcher Art seine Überlegungen sind. Der Herr Minister hat dazugesagt: Ich habe mit den drei Standorten, nämlich Coesfeld, Herne und Gütersloh, solche Anstalten ausgesucht, um die eine Mauer drumherum ist, weil ich als Justizminister es nicht wollte, daß nur ein Zaun da ist, wo auf der einen Seite das Elend und auf der anderen Seite die Kameras stehen.

(D)

Das heißt: Der Altparteienkompromiß, dem Sie in Bonn zugestimmt haben, ist Ihnen ja eigentlich peinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine: Es gibt nichts, was Ihnen peinlicher sein sollte.

Ich zitiere die Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen in ihrer Zuschrift vom März 1992. Die schreiben:

(A) (Appel [GRÜNE])

Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ist keine Angelegenheit der Strafjustiz. Der Justizvollzug ist weder strukturell noch baulich und vor allem nicht personell auf diese Aufgabe ausgerichtet. Seine Orientierung leitet sich aus der Aufgabenstellung des Strafvollzugsgesetzes und den Gestaltungsgrundsätzen ab, die nicht auf die Ausgestaltung der Abschiebehafte übertragbar sind.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir dem Nachtragshaushalt an dieser Stelle nicht zustimmen können.

Ich meine, daß auch das Übermaßverbot, das direkt aus dem Rechtsstaatsprinzip in unserem Land abzuleiten ist, es verbietet, Frauen und Kinder - und nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch andere Asylbewerber - in entsprechende Haft zu nehmen und dort Situationen auszusetzen, von denen die Bediensteten selbst sagen:

Eine massierte Unterbringung abgelehnter Asylbewerber in eigens für sie eingerichteten Abschiebehafteinrichtungen würde angesichts der extremen psychischen Situation der Betroffenen Extremreaktionen - das bedeutet Gewalt gegen sich und gegen Dritte - fördern, die sich gerade durch eine Maschierung noch potenzieren können.

(B)

Die Bediensteten sagen weiter - ich kann ihnen das nicht übelnehmen, sondern finde es richtig -, daß sie in keiner Weise darauf vorbereitet sind, mit solchen Dingen umzugehen. Die Bediensteten in den JVA werden im Gegenteil diejenigen sein, die wiederum für die sozialen Dreckarbeiten, für die Aufräumarbeiten und die politischen Versäumnisse auf der anderen Seite werden herhalten müssen.

Ich finde es nicht richtig, daß sie dafür herhalten müssen, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen, daß dieses Land de facto ein Einwanderungsland ist, in dem sogar die Einwanderung seit 1989 extrem zurückgeht. Wir haben einen Rückgang an Zuwanderern. Sämtliche Horrorszenerarien, die hier immer wieder zitiert werden, um die Maßnahmen im Nachtragshaushalt zu rechtfertigen, sind in einer bestimmten Richtung verzerrt, sind nach dem Prinzip

(C)

der teilweise ausgeleuchteten Bühne zusammengestellt.

Wir haben einen Rückgang von 872 000 im Jahr 1989 auf 590 000 im Jahr 1990 und 477 000 Zuwanderer im Jahre 1991. Wie kann man dann noch von Asylbewerberflut und ähnlichem reden? Das ist doch dummes Zeug, das ist doch Volksverdummung, um ganz bestimmte politische Maßnahmen durchziehen zu können.

Sie können sich auch nicht damit herausreden, daß Sie nicht die "Wirtschaftswoche" gelesen haben, Herr Schultz-Tornau und meine anderen Kollegen von der F.D.P. Das ist doch Ihr Hausblättchen. Sie müßten doch eigentlich wissen, was dort steht: daß die Bundesrepublik in den letzten drei Jahren - Herr Lanfermann, jetzt hören Sie einmal zu; vorher haben Sie hier die scharfen Reden gegen die Asylbewerber gehalten; jetzt wollen Sie es wieder nicht hören - an diesen Zuwanderern 57 Milliarden DM verdient hat und nur 16 Milliarden DM für sie ausgegeben hat. Das heißt: Wir haben einen Reingewinn von 41 Milliarden DM - einen unwahrscheinlichen Reibach! - in unserer Volkswirtschaft gemacht. Das wollen Sie nur nicht erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.] - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Da haben sie Exxon mitgerechnet!)

(D)

- Nein, das ist überhaupt nicht wahr. Lesen Sie einmal die "Wirtschaftswoche"! Ich bin gern bereit, Ihnen einige Kopien davon zu machen, wenn Sie sie nicht abonniert haben. Ich lese sie.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sie lesen nur jede zweite Zeile!)

Das würde der F.D.P. vielleicht auch einmal ganz gut tun. Da schreibt man nicht, wie in der Tageszeitung, nach Gusto der Landes-SPD. Ich lese sie fast lieber als die "taz"; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Es ist nicht nur so, daß wir einen Gewinn daran gemacht haben, sondern es ist auch so - Sie als Sozialexperte, Herr Kollege Lanfermann, sollten jetzt zuhören und es auch nachlesen -, daß wir, wenn wir jetzt nicht die Einwanderung ermöglichen, ohne mit

(A) (Appel [GRÜNE])

Quoten zu selektieren und ähnlich blöden Dirigismus zu machen - - Das ist nämlich Unsinn, was da sowohl von einigen Sozialdemokraten als auch vom Bündnis 90 im Bundestag dazu vorgeschlagen wird. Die muß man so nehmen, wie sie kommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ja, das ist völlig richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

- Hören Sie doch einmal einen Moment zu, Herr Lanfermann! Wenn Sie jetzt nicht die Zuwanderung ermöglichen, dann müssen Sie laut "Wirtschaftswoche" ab dem Jahr 2000 pro Jahr eine Million Zuwanderer hereinholen. Sie können es sogar im Wirtschaftsinformationsdienst nachlesen: Es gibt Szenarien, ob 300 000, 400 000 oder 500 000 Einwanderer pro Jahr richtig sind. Die volkswirtschaftlich sinnvollere Option ist eine halbe Million.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen auch sagen warum. Wenn Sie einmal in das Statistische Jahrbuch der Bundesregierung sehen würden, würden Sie feststellen, daß 1990 etwa 470 000 Menschen und 1991 sogar 545 000 Menschen die Bundesrepublik wieder verlassen haben. Das alles lesen Sie aber nicht. Sie wollen das alles nicht zur Kenntnis nehmen, und deswegen machen Sie Ihre kurzsichtige, engstirnige und verbohrte Politik. Sie haben sich darauf eingeschossen: Sie wollen ein Grundrecht sturmreif schießen und zu Grabe tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Beispiel des Grundrechts auf Asyl zielen Sie natürlich auch auf andere Grundrechte - wie die CDU -, nämlich auf die Rechtsweggarantie des Artikels 19 Abs. 4. Die wollen Sie ebenfalls sturmreif schießen. Dafür ist Ihnen jedes Mittel recht. Das wirklich Peinliche daran ist, daß diese SPD-Landesregierung Ihnen dabei noch Schützenhilfe leistet. Das ist ja auch kein Wunder: Diese Landesregierung, die alten, aalglaten Männer, die da sitzen,

(Zurufe)

die haben eben nicht mehr die Zeichen der Zeit zu erkennen gelernt. Die laufen Ihnen nach und kapieren nicht, was in 10 oder 15 Jahren in diesem Land Sache sein wird. Deswegen braucht NRW Bewegung. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Sie erwarten doch nicht, daß man Sie nach dieser Rede noch ernstnimmt! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Haak das Wort.

(Zuruf von der SPD: Einer der aalglaten, alten Männer kommt jetzt! - Heiterkeit)

- Alt?

(Heiterkeit und Zurufe)

Abgeordneter Dr. Haak (SPD): Ich rechne nicht damit, von der Opposition Komplimente zu erhalten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte wird nach meiner Auffassung zu einem Teil doch nach sehr veralteten Mustern und mit schlimmen Vereinfachungen geführt.

Erstens. Herr Lanfermann sagt hier: Es geht um dieses Land; lassen wir Bonn außer Betracht. Ich meine, wir sollten dieses Spiel einmal lassen. In einem Bundesstaat werden die hauptsächlichsten und die wichtigen Richtlinien vom Bund getroffen. Wer dort die Verantwortung hat, muß sich auch entsprechende Kritik gefallen lassen. Es gibt kaum eine landespolitische Maßnahme, bei der die Rahmenbedingungen aus Bonn nicht mitberücksichtigt werden müssen.

Zweitens. Ich wundere mich darüber, daß man aus manchen Beiträgen der Kollegen - übrigens ist es widersprüchlich; am Anfang klingt es so und am Ende anders - immer wieder heraushört, daß überhaupt noch nicht klar ist, in welcher finanzpolitischen Situation die Bundesrepublik Deutschland steckt. Die Abgabenquote der Bürger ist auf einer Rekordhöhe. Wir hören und lesen davon, daß mehr beabsichtigt ist.

(C)

(B)

(D)

(A) (Dr. Haak [SPD])

Die Verschuldensquote - das sage ich jetzt gar nicht als Kritik; auch das folgt, jedenfalls zum Teil, aus der Situation des Bundesstaates - steigt von 2 auf 4 % des Bruttosozialproduktes. Meine Damen und Herren, von uns gewollt - aber wir müssen das einmal zur Kenntnis nehmen - findet zur Zeit der vielleicht größte Geldtransfer in der Geschichte Europas, möglicherweise der Menschheit statt. Er ist zu einem großen Teil gemeinsam gewollt. Aber wir müssen es sehen und wissen, und danach müssen wir die Dinge betrachten.

Drittens. Meine Damen und Herren, es wird auch im Asylbereich sehr vereinfachend und in diesem Sinne ideologisch gearbeitet. Ich will nicht auf die Änderung des Grundrechtes auf Asyl im Grundgesetz eingehen; dazu ist genug gesagt worden. Ich glaube, daß das erstens nicht nötig ist, daß es zweitens gefährlich wäre und drittens auch gar nichts brächte.

Aber, Herr Appel, lassen Sie mich einmal etwas zu den Vereinfachungen, die Sie hier vorbringen, sagen. Sie sprechen von denen, die es geschafft haben, zu uns zu kommen, und Folter und Tod entronnen sind. Das sind ja einige, und diesen wollen wir gerne unter Beibehaltung des Grundrechtes auf Asyl hier auch Asyl bieten. Aber wir wissen doch, daß nicht alle Flüchtlinge sind, sondern daß weltweit eine ungeheure Wanderungsbewegung eingesetzt hat. Hier geht es darum zu versuchen, das Asylverfahren mit einem pragmatischen Ansatz zu beschleunigen.

(B)

Lassen Sie mich bitte auch noch zu einer anderen Vereinfachung, die immer wieder vorkommt, etwas sagen. Wer hier kritisch denkt, der soll sogar ausländerfeindlich sein. Meine Damen und Herren, ich kenne viele Bürger, insbesondere auch Arbeitnehmer, die sind ausgesprochen ausländerfreundlich, haben aber Angst vor einem ungehemmten Strom von Zuwanderern, den sie nicht begreifen können.

(Zustimmung bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Das muß man deutlich auseinanderhalten.

Ich möchte dann auch sagen: Wenn man das Verfahren beschleunigen will, dann ist das auch eine Sache, um den Betroffenen zu dienen. Wenn einer

(C)

jahrelang wartet und dann das Urteil bekommt "Du kannst hier nicht bleiben", wenn die Kinder schon in der Schule sind und er hier Fuß gefaßt hat - er hat keinen Fluchtgrund, sondern ist Einwanderer -, dann ist es nach meiner Auffassung nicht human, wenn man dann sagt: "Jetzt ist Schluß".

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Dann schaffen Sie mit uns ein Einwanderungsrecht!)

Ich meine aber auch, es ist aus unserer Sicht richtig, hier einen Punkt zu setzen.

Lassen Sie mich aus meinen Erfahrungen folgendes hervorheben: Sie sprechen von denen, die es geschafft haben. Ich kenne zig Leute, die aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien kommen, die sagen: Wir wollen Asyl. Das kann doch nicht stimmig sein, Herr Kollege Appel.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Aber Polen kommen doch gar nicht mehr!)

Lassen Sie mich jetzt einen Punkt nennen, der mich ebenfalls bedrückt. Ich kenne Asylbewerber und auch anerkannte Asylanten, bei denen ich manchmal Schmerz empfinde, wenn ich sehe, daß es die besten aus den unterentwickelten Ländern sind, daß nicht die verelendeten Massen aus diesen Ländern kommen, sondern hochqualifizierte Leute.

(D)

(Zustimmung bei der SPD und des Abgeordneten Arentz [CDU])

Das ist doch ein Problem, über das wir nachdenken müssen. Wenn sich die Wanderungsproblematik so verschärft, dann sollten wir immer wieder darum ringen, Wege zu finden. Ich biete Ihnen das sehr gerne an, wie Sie wissen. Aber wir sollten uns davor hüten, in Extreme zu verfallen und Lösungen zu verbauen, die wir vielleicht eines Tages noch gemeinsam finden müssen, wenn sich das Problem nämlich möglicherweise quantitativ noch verschärft. So, meine ich, ist das Bemühen um einen sogenannten Kompromiß im Grundsatz unumgänglich.

Ich denke, es ist richtig, daß wir heute Stellen für insgesamt 45 Verwaltungsrichter und 63 Stellen für übriges Personal - diese Zahl ergibt sich, wenn man

(A) (Dr. Haak (SPD))

die Stellen im Nachtragshaushalt und die übrigen Stellen, die entsperrt werden, zusammenrechnet - einrichten. Wenn man ferner berücksichtigt, daß das Beschleunigungsgesetz weitere Maßnahmen beinhaltet, wie im Grundsatz den Einzelrichter, die Verkürzung der Fristen bei den Verfahren und den Vortrag der Gründe, so ist das eine große Verbesserung. Ich glaube, man darf mit einigem Optimismus hoffen, daß das, was wir auf diesem Sektor tun, ausreicht. Wir werden diese Entwicklung aber sicherlich gemeinsam sehr genau und ständig verfolgen. Ich bin jedenfalls optimistisch, daß wir auf dem Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit das Richtige und Ausreichende tun.

Ich will kurz ein Wort zur Abschiebehaft sagen. Die Abschiebehaft ist ein Gebiet, das jeden bedrücken muß. Hier müßte Grundsätzliches gesagt werden. Aber es ist zunächst einmal bundespolitisch vorgegeben. Ich glaube, daß es richtig ist, daß die Justiz, die Erfahrung im Umgang mit anvertrauten Gefangenen hat, diese Aufgabe der inneren Sicherheit übernimmt. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, weil es oft Menschen trifft, die nicht nur nicht Kriminelle sind, sondern das genaue Gegenteil. Das ist eine schwierige Sache.

(B)

Ich räume auch ein, daß ich nicht ganz sicher bin, ob das, was wir heute - ich sage es einmal vereinfachend, Herr Lanfermann - in bezug auf die 50 Stellen tun, ausreicht. Aber die finanzielle Situation ist so, daß wir uns auf allen Gebieten bemühen müssen, mit dem gegebenen Bestand auch schwierigste Aufgaben zu meistern.

Ich will allerdings nicht verschweigen, was die Vordner nicht gesagt haben: Wir haben in Nordrhein-Westfalen im Strafvollzug unter den Flächenländern eine besonders gute personelle Ausstattung. Es gibt aber auch die Tatsache, daß viele Überstunden geleistet wurden und werden, und die Tatsache, daß die Klientel, die anvertrauten Gefangenen, zu einem großen Teil schwieriger ist. Ich meine, das müssen wir sehen. Aber ich halte es für verantwortbar, diesen Weg zu gehen.

Ich möchte - da ich glaube, daß die Redezeit abgelaufen ist - zum Schluß kommen und meine Mahnung wiederholen, daß wir auf diesem Felde, das für die

Bürger draußen so unheimlich wichtig ist - in mehrfacher Hinsicht -, versuchen, alle unsachlichen und extremen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Denn ich glaube in aller Angst - und ich hätte gerne unrecht -, daß wir in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit noch ganz, ganz dringend werden pflegen müssen. - Danke.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

Justizminister Dr. Krumsiek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie willens und in der Lage ist, den beim Bundeskanzler im Oktober vorigen Jahres gefundenen Kompromiß in vollem Umfang umzusetzen. Die Justiz, ist durch zwei Bereiche betroffen: zum einen durch eine Veränderung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren und zum anderen durch die Abschiebehaft.

Meine Damen und Herren, wir haben im Haushalt 1992 einschließlich des Nachtrages für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 82 neue Stellen vorgesehen. Wir sind schon jetzt dabei, diese Stellen zu besetzen; wir treffen jedenfalls die Vorbereitungen, daß mit der Verabschiedung dieses Haushalts die Stellen besetzt werden können.

Von diesen 82 Stellen sind nur 33 für den richterlichen Bereich - für acht neue Kammern - und 49 für den nicht-richterlichen Bereich vorgesehen. Es wäre gut, wenn wir die beim Bundeskanzler vereinbarten Fristen einhalten könnten. Aber es ist nicht nur erforderlich, Richter zur Verfügung zu stellen, sondern es müssen auch die Schreibkräfte vorhanden sein, die die richterlichen Entscheidungen ganz kurzfristig umsetzen, und deswegen haben wir diese 49 Stellen im nicht-richterlichen Bereich vorgesehen.

Ich gebe mich keiner Illusion hin - weder bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren noch bei der Abschiebehaft -, daß das alles sinnvoll funktionieren wird. Nur, meine Damen und Herren, wir alle haben

(C)

(D)

(A) (Minister Dr. Krumsiek)

damit keine Erfahrungen, und wenn wir mit diesen großen Zahlen von Abschiebehäftlingen fertig werden wollen, dann müssen wir es so beginnen, wie wir hier vorschlagen und angefangen haben.

Nun hat Herr Kollege Lanfermann dem Innenminister vorgehalten, er habe ja bis heute noch nicht einmal dem Innenminister des Bundes das Personal zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, das hängt auch damit zusammen, daß der Bundesinnenminister erst um die Jahreswende dem Land Nordrhein-Westfalen mitgeteilt hat, welche Anforderungen denn an dieses Personal gestellt werden und wie ausgeschrieben werden soll. Bis zur Stunde ist ja noch nicht einmal festgelegt worden, wie denn die verwaltungsmäßige Abgrenzung zwischen den Kommunalbehörden und Zirndorf sein wird. Diese Schnittstellenposition ist noch offen, und da können Sie doch uns keine Vorhaltungen machen, wenn bei einem Gesetz, von dem wir eigentlich erhofft hatten, es wäre zum 1. April in Kraft getreten, und von dem wir jetzt noch nicht einmal wissen, ob es zum 1. Juli in Kraft tritt, die Schnittstellenproblematik noch nicht einmal gelöst ist.

(B)

Meine Damen und Herren! Die Abschiebehaft wird die Justiz in Amtshilfe für die Innen-Seite durchführen. Ich habe entschieden, daß drei kleinere Haftanstalten mit einer Kapazität von insgesamt etwa 180 Haftplätzen in Aussicht genommen werden. Ich wiederhole, was ich im Rechtsausschuß gesagt habe: Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Haftanstalt des offenen Vollzuges für Abschiebehäftlinge geeignet ist. Ich wiederhole auch, was Sie hier gesagt haben: Ich kann auch den Mitarbeitern nicht zumuten, nur durch einen Stacheldrahtzaun zur Öffentlichkeit hin abgesichert zu sein. Von daher muß es sich um eine abgeschlossene Anstalt handeln.

Ich glaube, wir werden auch mit den ethnischen Problemen, die ja doch zwangsläufig entstehen, in einer kleineren, abgeschlossenen Anstalt eher fertig werden als in einer größeren Anstalt.

Ich will nicht verhehlen, daß wir auch überlegt haben, ob es nicht einen militärischen Bereich gibt, der umgewidmet und umgebaut werden könnte für etwa 300 Haftplätze. Wir haben im gegenwärtigen Zeitpunkt diese Überlegung verworfen.

(C)

Herr Kollege Appel, in diesen Haftanstalten werden keine Kinder in Abschiebehaft genommen werden. Die Landesregierung hat das sehr gründlich geprüft und erklärt, daß sie nur beabsichtigt, die - ich will es einmal so sagen - Familienvorstände in Abschiebehaft zu nehmen, und daß die Frauen mit ihren Kindern, die sie betreuen, in den Sammeleinrichtungen bleiben, bis die Abschiebehaft zu vollstrecken ist. Wir werden versuchen, das vernünftig zu praktizieren. Es wird aber keine Kinder in Haftanstalten geben, jedenfalls nicht mit meiner Billigung. Ich wäre auch Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen würden und nicht aus andersgearteten politischen Interessen der Öffentlichkeit etwas anderes erklärten.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Sie hatten ja früher anders geantwortet!)

Zu den Stellen im Vollzug muß ich Ihnen sagen: Ich hätte auch gerne mehr als diese 50 Stellen gehabt, die mir zugebilligt worden sind. Wahrscheinlich werden Sie ja die Finanzsituation auf der Bundesebene und auch der Ebene der anderen Länder nach dem nächsten Sonntag mit mir etwas anders einschätzen, als es jetzt mancher wahrhaben will. Wir haben es für vertretbar und für verantwortbar gehalten, daß 50 Stellen ausreichen, um diese Abschiebehaft praktizieren zu können, und wir werden umorganisieren. Das wird uns nicht ganz leichtfallen, aber hier muß doch der Staat eine Aufgabe erfüllen. Wir haben bisher immer nur etwa 80 bis 100 Abschiebehäftlinge in unseren verschiedenen Haftanstalten gehabt. Wir müssen jetzt sehen, daß wir mit einer Zahl von 250, 300 oder möglicherweise noch mehr fertig werden.

(D)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß wir mit dem Nachtragshaushalt die richtigen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Ich bitte Sie deshalb, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu dem Block "Justiz" liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und rufe jetzt den Block